Jörg Breitschwerdt/Julia Reiff/Christoph Wenzel (Hgg.), *Kirchen und ihre Ordnungen. Einblicke in eine spannungsreiche Geschichte (Unio und Confessio 30)*, Bielefeld 2020, 268 S., brosch.

Aus Anlass des 60. Geburtstages von Jürgen Kampmann, dem Lehrstuhlinhaber für Kirchenordnung und Neuere Kirchengeschichte der Theologischen Fakultät der Universität Tübingen, fand dort im Theologicum am 13./14. April 2018 ein Symposium statt unter dem Thema, das nun auch der Titel des anzuzeigenden Buches ist. Die sieben Vorträge der Tagung sind entsprechend ihrem Verlauf dokumentiert. Die Wahl der Referenten und Themen spiegelt die persönlichen und kollegialen Verbindungen zum Jubilar. Sie spiegelt zugleich den weiten Horizont der Projekte, die im Bereich seiner historischen, theologischen und kirchenrechtlichen Arbeit liegen, darunter insbesondere und prominent auch die Kirchengeschichte Westfalens.

Volker Leppin, damals Professor für Kirchengeschichte in Tübingen, jetzt Horace Tracy Pitkin Professor of Historical Theology an der Yale University, stellt seinem Beitrag „Melancthonisch, lutherisch, uniert? Der Streit zwischen Heinrich Heppe und August Vilmar um den konfessionellen Charakter der kurhessischen Kirche“ (S. 9-34) einen Abschnitt aus der Präambel der Grundordnung dieser Kirche von 1967 voran, in der die CA, die altkirchlichen Bekenntnisse und die Vielfalt der überlieferten Bekenntnisse der Reformationszeit genannt werden. Der Autor bietet genaue Beobachtungen zur innerevangelisch-kontrovers theologischen Konfessionsproblematik am Beispiel der Geschichte der Kurhessischen Landeskirche beginnend mit der Reformationszeit, in der die Wurzeln ihrer konfessionellen Verworrenheit und Vielseitigkeit liegen. Er zeigt besonders, wie sie durch die beiden ganz verschieden konfessionell geprägten „Antipoden“ (S. 10) August Vilmar (lutherisch) und Heinrich Heppe (reformiert) gedeutet und geprägt wurden. Dazu stellt Leppin die Entwicklung einer vielfältigen Ausformung reformatorischer Theologie dar, wie sie sich seit dem Speyrer Reichstag 1526, der Homberger Synode 1526 und dem Marburger Religionsgespräch 1529 ergab, auch und besonders nach dem Tod Philipps von Hessen (1567) der territorialen Entwicklung korrespondierend zwischen melancthonisch-lutherischer und humanistisch-reformatorischer Theologie mit oberdeutscher Färbung durch den Einfluss von Martin Bucer (S. 13, 25f.). Die komplexe Situation verschärft sich in der Folgezeit in den Auseinandersetzungen um die Frage nach der Möglichkeit einer Union im 19. Jahrhundert. Mit Sorgfalt und Klarheit werden die strittigen Positionen dargestellt. Heppe bewegte sich – zumal nach der Annexion Kurhessens durch Preußen 1866 – in unionsoffener und reformierter Haltung (S. 20) auf eine neue Synodalordnung unter preußischem Einfluss zu, anders als der Lutheraner Vilmar, der der CA in exklusiver Weise verpflichtet blieb.

In einer präzisen historischen und theologischen Analyse werden die konfessionellen Bezugspunkte und Begrifflichkeiten Vilmars und Heppes näher erläutert und in ihrem kurhessischen Zusammenhang dargestellt. Es wird deutlich, wie die in der kirchengeschichtlichen Arbeit persönlich gewonnene eigene konfessionelle Position die konfessionelle Orientierung und Gestalt der Kirche bestimmte oder bestimmen könne. Darin sieht Leppin „Gefahren konfes-

sioneller Kirchengeschichtsschreibung“, wenn die Geschichte „auf den eigenen aktuellen Standpunkt zuführt“ (S. 34). Nun könne die Kirchengeschichtsschreibung auch heute noch konfessionell gefärbt sein, sei jedoch auch der kritischen Begleitung und Kommentierung kirchlicher Vorgänge fähig. So schließt Leppin mit einem freundlichen Memento: „Eingedenk ihrer Väter wird sie dies aber mit Vorsicht und im Bewusstsein der je eigenen Involviertheit tun.“ (S. 34)

Wilhelm Hüffmeier, Leiter em. der Kirchenkanzlei der Union Evangelischer Kirchen in Berlin, folgt mit dem Beitrag „Zuerst das Evangelium – Gottesdienst und Predigt bei Karl Barth und Otto Dibelius: ein Vergleich“ (S. 35-71). Der Autor schildert teils aus eigenem Erleben sowie aus profunder Literaturkenntnis die beiden sehr unterschiedlichen Theologen, wie sie zwar in gleicher Zeit Sorge trugen um die geistliche Gestalt der Kirche, sich aber doch in „fortdauernde[r] Gegensätzlichkeit“ ihres theologischen Weges bewegten. Karl Barth ist der theologische Lehrer in der Tradition Calvins, der „zu höchsten Ehren in aller Welt gelangte“ und dessen theologische Wirkung bis in die Gegenwart nicht aufgehört hat. In Otto Dibelius begegnet der in seiner Zeit bekannte Prediger und Bischof, der preußisch geprägte Kirchenführer, der 1926 mit einem doch weithin geschätzten, von Barth jedoch „nichtwürdig(en)“ genannten Buch „Das Jahrhundert der Kirche“ ausrief, aber nach eigener Einschätzung 1967 ein schon „fast vergessener“ gewesen sei. „In ihnen zeigt sich das spannungsvolle Verhältnis von wissenschaftlicher Theologie und Kirchenleitung“, das nicht ohne Schärpen der Auseinandersetzung war. Geschickt wird Kampmanns Buch über „Die Einführung der Berliner Agende“ (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte 14, 1991) in Erinnerung gebracht und mit Kampmann „einer der besten Kenner der Gottesdienstordnung der einstigen Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, in der Dibelius zu Hause und die Barth in seiner Münsteraner und Bonner Zeit wohl eher befremdlich war, zumal er der preußischen Union kritisch gegenüberstand.“ (S. 37-39)

In zwei Schritten wird die Bedeutung des Gottesdienstes zunächst in seiner weiter gefassten Begrifflichkeit dargestellt: Im Abschnitt „Gottesdienst bei Barth und Dibelius“ geht es um „das für beide zu differenzierende Gottesdienstverständnis“. Hüffmeier erläutert zunächst „Barths dreifachen Gottesdienstbegriff“, den „Gottesdienst‘ des christlichen Lebens“, den „kirchlichen“ und den „politischen“ Gottesdienst. Dafür sieht er bei Dibelius „Entsprechungen“, die dieser aber unter den anderen politischen Bedingungen seiner Lebenszeiten und -orte vor allem gegenüber staatlichen Allmachtsansprüchen der NS- und DDR-Zeit als weiter ausgreifende kirchliche Gegenkräfte zu entwickeln versuchte. Barth hingegen habe die Kirche „eher [als] eine gesellschaftliche Stimme unter vielen“ anderen in Gesellschaft und Staat wirkenden Kräften gesehen. Wichtig ist der Hinweis, dass bei aller Unterschiedlichkeit beider Theologen Dibelius stets an der Barmer Theologischen Erklärung festgehalten und so eine gewisse Nähe zu Barth behalten habe. (S. 40-43)

Die ausführliche Analyse „Der kirchliche Gottesdienst bei Barth und Dibelius“ ist ein Kabinettstück der Liturgiegeschichte am Beispiel dieser Männer, Barth aufgewachsen im karg ausgestatteten Raum reformierter Kirchen mit dem „Minimum“ des liturgisch Nötigen und Möglichen im Rahmen des oberdeutschen Prädikantengottesdienstes, Dibelius in der Tradition des am Mess-

formular orientierten lutherischen, altpreußischen Gottesdienstes in meist kostbar ausgestatteten Kirchen – „halber Katholizismus“ in Barths Augen. Doch sie treffen sich darin, dass dem einen der Gottesdienst das „Zentrum des ganzen Gemeindelebens“ (Barth) und dem anderen „der sonntägliche Gottesdienst das Herzstück alles christlichen Lebens“ (Dibelius) ist. (S. 43-49)

Sehr lesenswert ist der Abschnitt über die Predigtweisen, nicht ohne Humor ihre Charakterisierung – und nicht ungeeignet für eine Selbstprüfung von Predigern, wie ihre Art zu predigen gleichsam musikalisch zu benennen sei: Barth jedenfalls habe im „Basler Allegro vivace“-Zeitmaß gesprochen und „piano“, als wolle er „das strenge und gnädige Wort Gottes selber reden lassen“. Anders Dibelius: „Er trat auf.“ Er predigte im „Berliner Allegro maestoso“ von „forte bis fortissimo“ – sozusagen im „Brustton der Überzeugung. Doch auf das Wort Gottes für ‚des Heilands fröhliche Leute‘ war seine Verkündigung auch ausgerichtet“. Sie predigten wie und wo sie waren und gewiss aus dem biblischen Text „gerade sie [sc. die Hörenden] angehend in freier Rede [...] als Ankündigung dessen, was sie von Gott selbst zu hören haben“, so Barth im Basler Gefängnis, oder Dibelius auf der Berliner Waldbühne oder in der Marienkirche. Gerade hier sind hineinverwoben Fragen und Anregungen zu Vollmacht, Textpredigt, Art und Verständlichkeit der Rede, zur gegenwärtig verändernden Wirkmächtigkeit der Bibel; und „als biblische Predigt, so Dibelius, müsse sie ‚etwas von der Gemeinde wollen‘, denn dies sei ‚die tiefste Art des Evangeliums selbst!‘“. (S. 49-53).

Gegenwartsbedeutsam sind auch die folgenden Abschnitte über „Konkrete Beispiele der Predigten: zur politischen Predigt in Zeiten des Staatsterrors, über die Spannung der Gefährdung des „Zuerst das Evangelium“ und über den Trost als „Inhalt des Evangeliums“, auch im „Beispiel politischer Trostpredigten“ (S. 55-61). Und zur „Pfingstpredigt bei Dibelius und Barth“ sei erwähnt: Barth habe zum Schlussgottesdienst der Weltkirchenkonferenz 1948 in Amsterdam notiert, „ein bekannter Mann aus Berlin“ habe „von der Kanzel herunter fortissimo verkündigt ‚Der Heilige Geist ist da.‘“ Dibelius spricht hier vom Heiligen Geist als „wirksame Tatsache“, die den Menschen wirklich anrührt. Barth wiederum sieht in dieser Zeit den Menschen eher als den, der um den Geist Gottes bittet, der diesen in seiner Gnade reichlich gibt. Eine gewisse Nähe zwischen Barth und Dibelius im Verständnis des Heiligen Geistes wird für Hüffmeier da erkennbar, wo Barth in einer Predigt zu 2 Kor. 3, 17 feststellt: „Der Geist des Herrn ist Jesus Christus selbst, der wieder und wieder zu seiner Gemeinde kommt, in ihr Wohnung nimmt und wirkt.“ Auch für Dibelius wirke hier der Heilige Geist, und hier sei „das christliche Zeugnis von ihm angesiedelt“, was seinen unverzichtbaren Anker in Barmen I habe. In diesem Sinne sieht Hüffmeier bei Barth und Dibelius in dem bestimmenden Motiv „Zuerst das Evangelium“ die Gemeinsamkeit einer Gottesdienstpraxis in unterschiedlicher Gestalt, die „einladender“, „professioneller“ und „kürzer“ (Detlev Polack) den evangelischen Gottesdienst zukünftig prägen könne. (S. 68-71).

Es folgt der Beitrag des Magdeburger Altbischofs Axel Noack „Zwei 60. Geburtstage schreiben Kirchengeschichte – Die Debatte um die Obrigkeit im Jahre 1959“ (S. 73-99). Er nimmt Kampmanns 60. Geburtstag zum Anlass, an Gustav Heinemanns und Hanns Liljes 60. Geburtstag 1959 zu erinnern, weil ihnen

dazu zwei „kleine Schriften“ gewidmet wurden: Heinemann von Martin Fischer mit dem Titel „Obrigkeit“ und Lilje, „als Erwiderung“ darauf, von Otto Dibelius ein Büchlein mit dem Titel „Obrigkeit? Eine Frage an den 60jährigen Landesbischof“. Damit deuten sich strittige Überlegungen zum Thema Obrig-keit in der DDR an, für die die beiden hiermit vorgestellten Schriften den Hin-tergrund bilden sollen.

Noack schildert zunächst „Die spanenden Jahre von 1955–1961“ vom Gen-fer Vier-Mächte-Gipfel 1955 bis zum Mauerbau 1961: Das ist die Zeit der begin-nenden „Zweistaatenlösung“, heftiger weltanschaulicher Auseinandersetzun-gen und antireligiöser Propaganda, Abschaffung der Kirchensteuer, Problem der Pfarrerflucht, intensiver synodaler Arbeit angesichts der druckvollen Er-wartung der DDR-Regierung, dass die Kirchen sich gegenüber dem Westen er-kenubar abgrenzen und ihre Loyalität zum neuen Staat erklären sollen, wobei diese nun ihr theologisches Profil schärfen und über die Qualität von „Obrig-keit“ im paulinischen Sinne (Röm. 13) nachdenken.

So folgt „Die eigentliche ‚Obrigkeitsdebatte‘“ im Spiegel der genannten Obrigkeitschriften. Während Fischer angesichts der Tatsache, dass das Wort Gottes verkündigt werden kann und unter der Notwendigkeit, dass Menschen versorgt werden und Hilfe finden müssen, als jemand erscheint, der eher flexi-bel mit Ordnungen der Obrigkeits umgehen kann, bezeichnete Dibelius die DDR als Unrechtsstaat, der „nicht Obrigkeits“ im Sinne von Röm. 13 sein könne. Dibelius erfuhr heftige Kritik und revidierte sein Urteil. Lesenswert sind die von Noack berichteten Reaktionen auch westlicher Zeitungen, die zur Versach-lichung der Debatte geführt haben. Es folgen abschließende Bemerkungen zum Thema „Die Obrigkeitsdebatte in der DDR?“. Es gab Zustimmung zu Dibelius hinter vorgehaltener Hand, „harsche(n) Reaktionen der SED und der DDR-Reg-ierung“, aber auch Bejahung des sozialistischen Staates, die sich in Thüringen mit dem Namen Bischofs Moritz Mietzenheim verband, und es gab immer wie-der Synodenverhandlungen und -entscheidungen auf dem Weg der Kirche in der DDR „zwischen Dibelianismus und Mietzenheimerei“ (Heinrich Vogel). Der eigene Reiz dieses Beitrags besteht vor allem darin, dass hier ein Zeitzeuge engagiert referiert.

Bernhard Sven Anuth, Professor für Kirchenrecht an der Katholisch-Theo-logischen Fakultät der Universität Tübingen, befasst sich mit der Frage: „Heil-same Dezentralisierung‘ der katholischen Kirche? Kanonistische Perspektiven am Beispiel der Bischofskonferenzen“ (S. 101-132). Er umreißt die spannungs-reiche Problemlage einleitend mit einer Feststellung von Reinhard Kardinal Marx, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (2015): „Wir sind keine Filialen von Rom. Jede Bischofskonferenz ist für die Pastoral in ihrem Kulturkreise zuständig und hat das Evangelium in ureigener Aufgabe selber zu verkünden.“ Diese Äußerung habe bei manchen die Sorge vor einer „Ab-nabelung von der Römischen Übermutter“ ausgelöst. Und der Präfekt der Kon-gregation für die Glaubenslehre in Rom, Kardinal Müller, habe auch gleich auf „die Gefahr, eine gewisse Polarisierung zwischen Ortskirche und Universal-kirche wiederzuerwecken“, verwiesen. Außerdem habe schon 2013 Papst Franziskus in seinem Schreiben *Evangelii gaudium* festgestellt, der Papst

könne nicht alle Probleme der Ortskirchen lösen, „vielmehr spüre er ‚die Notwendigkeit, in einer heilsamen Dezentralisierung voranzuschreiten‘.“

Vor diesem Hintergrund beschreibt Anuth zunächst die „Aufgabe und Rechtsstellung der Bischofskonferenzen“, die es „in dieser heutigen Rechtsge­stalt“ seit dem II. Vaticanum gebe, deren „gesetzgebende Funktion [...] eingeschränkt“ ist. Am Ende gelte: „Die Bischofskonferenz kann also nicht aus sich heraus lehren, sondern nur, ‚wenn sämtliche Bischöfe ihre jeweilige potestas gemeinsam in die Waagschale werfen, oder wenn der apostolische Stuhl einem Mehrheitsbeschluss [...] seine Zustimmung erteilt‘.“ In diesem Sinne betrachtet der Autor „Die Bischofskonferenzen als Institutionen zwischen Gesamtkirche und Teilkirchen“. Die Teilkirchen gehören im Gefüge der einen katholischen Gesamtkirche zusammen, die nicht aus der Summe ihrer Teilkirchen hervorgegangen ist, die vielmehr „eine jeder einzelnen Teilkirche ‚ontologisch und zeitlich vorausliegende Wirklichkeit‘“ ist. So bleibt die primatiale Höchstgewalt erhalten und mit ihr „eine übertriebene Zentralisierung“. Daher hat Papst Franziskus in *Evangelii gaudium* begonnen, „über eine Neuausrichtung des Papsttums nachzudenken“, um die Kirche lebendiger werden zu lassen, was eine rechtliche Aufwertung der Bischofskonferenzen mit sich bringen könne. Die sich hiermit ergebenden Probleme werden schließlich unter der Überschrift „Dezentralisierung und Bischofskonferenzen bei Papst Franziskus“ betrachtet. Es gehe dem Papst um ein dynamischeres Vorankommen in der Evangelisierung. Deshalb müsse man „in einer heilsamen Dezentralisierung voranzuschreiten“ versuchen, wozu es für die nationalen Bischofskonferenzen zu „Kompetenzerweiterungen“ kommen könne, über die jedoch noch keine Konkretionen angezeigt sind.

Die aus einer solchen Reform sich ergebenden kirchenrechtlichen Folgen werden sodann unter der Überschrift „Kanonistische Perspektiven“ thematisiert. Verschiedene Möglichkeiten „heilsamer Schritte“ werden vorgestellt, auch Gefahren und Blockaden. Alles werde sich jedoch daran entscheiden, ob und in welchem Maße der Papst Teile seiner primatiale Gewalt abgeben könne und wolle. Von entscheidender Bedeutung ist die Feststellung, dass „auch theologisch und kirchenrechtlich aufgewertete Bischofskonferenzen [...] dem Papst untergeordnet und zu seiner Disposition (blieben)“, wie z.B. Entscheidungen hinsichtlich des nicht zugelassenen Kommunionempfangs in konfessionsverschiedenen Ehen zeigen.

Werner Klän, Prof. em. der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberursel der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), berichtet über „Grundzüge der Grundordnung der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche. Eine Verschmelzung synodaler, konsistorialer und episkopaler Verfassungstraditionen neokonfessioneller lutherischer Kirchen in Deutschland“ (S. 133-195). Der Autor schildert die Bildung Lutherischer Freikirchen, die im 19. Jahrhundert aus der Ablehnung der staatlich geförderten und „durchgesetzten“ Unionskirchen entstanden. Die Verfassung dieser Kirchen soll frei von staatlicher Bindung sein. Das Landeskirchentum wird abgelehnt. Die Theologisch tragenden Elemente sind die Heilige Schrift, das lutherische Bekenntnis (CA inv.), der Gottesdienst mit Predigt und Abendmahl (nach der „Messe Deutsch“ von Luther) mit klarer Gewichtung der Realpräsenz.

Der Autor erläutert „Anfänge und Trennungen“, das heißt den Prozess der Herauslösung Lutherischer Bekenntnisgemeinden aus den Landeskirchen an folgenden Beispielen: „Evangelisch-Lutherische Kirche in Preußen“, „evangelisch-lutherische Immanuelsynode“, „evangelisch-lutherische Kirche in Baden“, „Die staatsfreien lutherischen Kirchen in Hessen“, „Die staatsfreien lutherischen Kirchen in Hannover“ sowie „Die Evangelisch-Lutherische Freikirche in Sachsen (und anderen Staaten)“. Unter dem Stichwort „Annäherungen“ beschreibt er den wechselvollen Prozess der „Integrationsbemühungen“, die trotz „vielfältiger Rückschläge“ und „divergierender Entwicklungen“ in einer über hundertjährigen Geschichte zu „Zusammenschlüsse[n]“ führen. 1972 kam es in der Bundesrepublik mit der Gründung der „Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK)“ durch die Vereinigung von zunächst drei Freikirchen zu einer auch zukünftig sich erweiternden bekenntnisorientierten lutherischen Kirche, deren Grundordnung abschließend ausführlich dargestellt wird. – Auch dieser Aufsatz ist insgesamt reichlich mit Quellenbelegen im Text und mit kommentierenden Anmerkungen zur freikirchlichen Entwicklung ausgestattet. Er bietet unter theologischen, ekklesiologischen sowie besonders verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten eine Darstellung der insgesamt 150jährigen Geschichte der lutherischen Freikirche in Deutschland.

Albrecht Geck, Professor für Historische Theologie an der Universität Osnabrück und Leiter des Instituts für Kirchliche Zeitgeschichte des Kirchenkreises Recklinghausen (IKZG-RE), berichtet über „Pfarrer Paul Bischoff (Bochum) und die ‚Nürnberger Hauptkriegsverbrecher‘ (1945/1946)“ (S. 197-233). Geck wertet erstmals den Nachlass des Recklinghäuser und Bochumer Pfarrers aus, in dessen Mittelpunkt eine „Grüne Kladde“ mit der Aufschrift „Die Reise nach Nürnberg“ steht. Hier dokumentiert Bischoff mit Hilfe von Quellen aller Art, darunter Briefe von Hans Frank, Alfred Rosenberg und Julius Streicher, seinen Versuch, die in Nürnberg angeklagten Naziverbrecher zur „Buße“ zu veranlassen. Geck stellt dar, dass für den Theologen Bischoff die „Bedeutung des Glaubens für die Politik“ ein „Lebensthema“ war. Er gehörte zur Bekennenden Kirche und war (schon seit 1923!) „ein politischer Gegner Hitlers und der NSDAP“. Nach dem Krieg setzte er sich für eine „grundlegende Buße von Volk und Kirche ein“ und forderte „einen Neuanfang in Kirche und Staat“. Auf eigene Faust fuhr er mit einem für die Synode Bochum erarbeiteten „Wort zur Lage“ 1945 zur Kirchenversammlung nach Treysa, wo er jedoch nicht zu Wort kam. Die „Grüne Kladde“ enthält auch zahlreiche Briefe Bischoffs an den westfälischen Präses Koch, den er scharf angriff, weil dieser als DNVP-Politiker den NS-Staat mit vorbereitet habe und nun einer wirklichen Buße im Wege stehe – allerdings hatte die westfälische Provinzialsynode der „Stuttgarter Erklärung“ im Juli 1946 unter Kochs Vorsitz zugestimmt.

Im Rahmen dieses persönlichen Engagements reiste Bischoff 1946 schließlich nach Nürnberg. Geck berichtet, wie er über die Verteidiger Zugang zu den Angeklagten fand. So konnte Bischoff einen „Appell an die Hauptkriegsverbrecher“ richten mit der Aufforderung zur Buße – christologisch begründet (Aufruf zum Glauben an Jesus Christus) und politisch orientiert (Absage an den Nationalsozialismus). Jedoch ging nur Hans Frank, ehemaliger Generalgouverneur von Polen in seinem sogenannten Schlusswort, das im Nach-

kriegsdeutschland hohe Wellen schlug, darauf ein. Nun findet Geck jedoch heraus, dass wesentliche Teile dieses Schlusswortes aus Bischoffs Anschreiben an die Angeklagten wörtlich übernommen sind – allerdings ohne das „christologisch-soteriologische Fundament“ dieses Textes. Dass Bischoff dies nicht bemerkte, sondern das Schlusswort sogar privat nachdruckte und im Gottesdienst verwendete, bleibt rätselhaft. Wurde er, ohne es zu merken, „instrumentalisiert“? Der Beitrag, der übrigens auch eine „Synopsis des Anschreibens von Paul Bischoff an die Hauptangeklagten (8. August 1946) und des Schlusswortes von Hans Frank in Nürnberg (31. August 1946)“ bietet, lässt erahnen, dass die Aufarbeitung der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie der 1950er- und 1960er-Jahre mittlerweile ein dringendes Desiderat der westfälischen Kirchengeschichte geworden ist. Auch hier hatte Kampmann mit seiner Habilitationsschrift „Von der altpreussischen Provinzial- zur westfälischen Landeskirche“ (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte 14, 1998) bereits einen vielbeachteten Beitrag geliefert.

Schließlich thematisiert Volker Henning Drecoll, Professor für Kirchengeschichte in Tübingen und Ephorus des Tübinger Stifts, „Schellings Timaeusauslegung“ (S. 235-257). Hier wird ein ganz anderes Feld des Nachdenkens beschritten, in welchem der Autor – Philosophie- und Theologiegeschichte miteinander verbindend – komplexen Überlegungen der Deutung von Idee und Wirklichkeit im menschlichen Verstand in Hinsicht auf die Gottesvorstellung nachgeht. Er führt die Leser in die Zeit des kritischen geistigen Aufbruchs in Tübingen, wo mit Schellings Timaeus 1794 eine Schrift erscheint, die der „Sprache der Wahrheit“ im unbefangenen historischen Bemühen Raum schaffen sollte. Ihre Protagonisten haben „keine andere Macht auf ihrer Seite als die Macht der Wahrheit oder wenigstens der Überzeugung“. Drecoll beschreibt, wie Schelling seine „Auffassung der Ideenlehre“ Platons entwickelt. Er behandelt gleichsam den Weg „Von der Materie zur Weltseele“ und diskutiert „Schellings Überlegungen zur Naturphilosophie im ‚Timaeus‘“.

Im Übrigen ist der Gesamtzusammenhang hier besonders dem Verhältnis Gott-Mensch gewidmet, das – weil es ursprünglich „nur Eine Idee von Welt gibt“ – in einer „intellektuellen Gemeinschaft“ besteht, wo der menschliche Verstand nachvollzieht, was der göttliche Verstand als Einheit in die Welt gibt. Da aber der menschliche Verstand an die Natur gebunden ist, „gibt es (zugleich) eine unüberbrückbare Differenz zwischen göttlichem und menschlichem Verstand.“

Schließlich kommt der Autor im Horizont der Ideenlehre und existenzphilosophischer Überlegungen zum Gottesbegriff in der Timaeusauslegung, der den denkenden Menschen mit der Idee von der Idee Gottes an den „Abgrund für die menschliche Vernunft“ führt, also dahin wo „die menschliche Vernunft [...] an ihre Grenze“ kommt und wo sie besser „keinen Schritt über die Schranken der Idee hinaus (geht)“. Schließlich werden die in diesem Beitrag vorgestellten philosophischen und theologischen Ansätze für gegenwärtige theologische Überlegungen fruchtbar gemacht, unter dem pneumatologischen Aspekt, dass „Gott als logische Voraussetzung der Wirklichkeit in den Blick genommen wird“, weil der Geist aller Materie voraus ist, das heißt alle Materie auch vom Geist her zu denken ist.

Rezensionen

Man könnte annehmen, dieser letzte Beitrag habe in einem Buch über „Kirche(n) und ihre Ordnungen“ wenig zu suchen, könnte allerdings auch argumentieren, Kirchengeschichte und Kirchenordnung habe stets auch das Verhältnis zwischen Gott und Mensch systematisch-theologisch mitzubedenken, denn dieses sei die stete Grundlage allen kirchlichen Lebens und seiner Geschichte zu allen Zeiten. Das geschieht in Auseinandersetzung mit philosophischen Argumenten, auch wenn sie aus älterer Zeit in unsere Denkwürdigkeiten hineinragen, ebenso wie sich ja auch die anderen Beiträge mit Theologien, Herrschaftsformen, Denkweisen, Ideologien, politischen Systemen und Glaubensrichtungen auseinandersetzen. Sofern es für die Kirche theologisch und rechtlich immer darum geht, dass dem Menschen um Gottes willen und im Namen Gottes zu seinem Wohl und Heil geholfen werden soll, sind die hier vorgestellten Vorträge zum 60. Geburtstag von Prof. Kampmann in ihrer Form als verlässliche wissenschaftliche Aufsätze wichtige Beiträge zur Kirchengeschichte.

Ein Orts- (S. 261-263) sowie Personenregister (S. 265-268) helfen, die Beiträge zu erschließen.

Christof Windhorst